

Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Karl Homann.

Berlin, Freitag, den 28. September 1894.

Für unsere Flotte.

Nach dem Abschluß der diesjährigen Flottenübungen in der Ostsee, die in diesem Jahre besonders groß zur Erprobung der Kriegstüchtigkeit unserer Marine angelegt waren, hat der Kaiser an den kommandirenden Admiral v. d. Goltz ein Schreiben gerichtet, das alle Angehörigen der Marine und darüber hinaus alle Vaterlandsfreunde mit großer Befriedigung erfüllt. Die hohe kaiserliche Anerkennung gilt den Fortschritten auf taktischem und strategischem Gebiete und besonders der Vollkommenheit, die in dem Zusammenarbeiten der Schiffe einer Division erreicht worden ist. Nichts wäre aber verkehrter, als wenn man hieraus die Berechtigung zur äußersten Sparsamkeit an unserem Marineetat herleiten wollte. Die gute technische Durchbildung der Flotte, die bei den Manövern erprobt wurde, genügt nicht; der Werth der Marine hängt wesentlich von der Kraft und der Schnelligkeit ab, mit der sie für bedrohte deutsche Interessen im Auslande aufzutreten vermag, d. h. zugleich von der Zahl der Schiffe, über die wir verfügen.

Man denke an den Bürgerkrieg in Chile, an die brasilianischen Wirren, an die ostasiatischen Handel; fast allenthalben konnte eine ansehnliche deutsche Seemacht erst sehr spät auftreten; und wenn auch in keinem Falle bisher etwas versäumt wurde, so hat sich doch das Bedürfnis einer stärkeren Besetzung auswärtiger Stationen und überhaupt einer größeren Verwendung deutscher Schiffe für das Befahren der Meere deutlich gezeigt. Hierbei kommt nicht allein der rasche Schutz etwa bedrohter deutscher Interessen in Betracht; je besser sich unsere Flagge im Auslande zeigen kann, um so mehr gilt unser Ansehen bei fremden Völkern, und das wirkt auf unsere materiellen Interessen im Handelsverkehr günstig zurück. Ferner kommt der Dienst für unsere Kolonien hinzu, dessen Ansprüche sich erweitert haben. Aber das alles ist noch gering gegenüber der Möglichkeit, daß Deutschland selbst einmal in kriegerische Verwickelungen gerathen kann. Dann werden wir namentlich außer unserer Küstenverteidigung schnelle Kreuzer bedürfen, die den Handelsschiffen der feindlichen Macht zu Leibe gehen und verhindern, daß uns durch die feindlichen Schiffe der ganze große Schiffsverkehr vollständig lahm gelegt werde.

Der Ausbau unseres Flottenplans hat sich in den letzten Jahren sehr verlangsamt. Schuld daran waren anderweitige starke Anforderungen des Reichsetats, aber zum Theil auch unsachliche Motive, die namentlich im letzten Reichstage zur Ablehnung der notwendigen Neubauten führten. Die daraus folgenden, für zahlreiche Arbeiter sehr betrübenden Störungen des Werftbetriebes, ferner Thatsachen wie die, daß beim Ausbruch des ostasiatischen Krieges nur ein oder zwei kleine Kanonenboote zur Stelle sein konnten, endlich die Anstrengungen, die andere Nationen in dem Bau schnellfahrender Kreuzer machen, haben dahin geführt, daß die Anerkennung der Nothwendigkeit der Vermehrung unserer Marine in weite Kreise gedrungen ist.

Daß die Finanzlage des Reichs gewisse Schranken auferlegt, soll gewiß nicht bestritten werden. Es wäre aber doch nur das Allernothwendigste, wenn sich, wie es heißt, die Marineverwaltung im neuen Etat auf die Forderung von einem großen Panzer- und drei kleineren geschützten Kreuzern beschränken würde. Erfreulicherweise zeigt sich bis in die freisinnige Presse hinein ein viel besseres Verständnis als ehemals für die Aufgaben und die Vortheile unserer Marine. So schrieb kürzlich ein freisinniges Blatt, daß nichts verfehlter wäre, als wenn man die Entscheidung ausschließlich von Sparsamkeitsrückichten abhängig machen wollte, und daß wir mindestens eine kleine Anzahl neuer Hochseekreuzer haben müßten. Man darf deshalb zuversichtlich hoffen, daß unsere Flotte in der bevorstehenden Reichstagsession besser als in der letzten zu ihrem Rechte kommen werde.

Sozialdemokratie in England.

Von einigen Nationalökonomien werden seit langem die Gewerksvereine in England als eine Einrichtung hingestellt, welche ein unfehlbares Rezept gegen die Verbreitung sozialdemokratischer Gesinnungen in der dortigen Arbeiterwelt sei, und es wird weiter die Anwendung dieses Rezepts in gewissem Sinne auch für unsere Verhältnisse empfohlen.

Diese Theorie steht aber in keinem Einklang mehr mit den wirklichen Verhältnissen. Schon seit Jahren kann man beobachten, daß die englischen Gewerkschaften je länger je mehr in das sozialdemokratische Fahrwasser einschwenken, und dies hat sich denn auch wieder von Neuem auf dem Kongreß der englischen Gewerksvereine gezeigt, der jüngst in Norwich abgehalten wurde. Wir wollen hier nicht auf die mehr oder weniger fortgeschrittenen Beschlüsse, wie Einführung eines Normalarbeitstages von 8 Stunden für alle Industrien, hinweisen, obwohl hierin eine Uebereinstimmung mit den Forderungen unserer Sozialdemokraten hergestellt ist. Viel wichtiger erscheint uns, daß der Kongreß „die Verstaatlichung aller Mittel der Produktion, der Vertheilung und des Austausches“ mit 219 gegen nur 61 Stimmen zum Beschluß erhoben hat. Vor vier Jahren noch wurde eine ähnliche Resolution mit 363 gegen 55 Stimmen abgelehnt, jetzt sind die als Mittel gegen die sozialrevolutionäre Propaganda gepriesenen Gewerksvereine zur Anerkennung dieses sozialrevolutionären Prinzips gelangt.

Vielleicht könnte man denken — und vielfach wurde das auch so aufgefaßt —, der Kongreß habe in einem unbedachten Augenblick sich zu einem Beschluß hinreißen lassen, dessen Tragweite er nicht kannte. Dieser Auffassung widerspricht aber die Thatsache, daß diese Frage schon lange Gegenstand der Erörterung in den Arbeiterkreisen bildet und daß auch die aus Arbeitern bestehende Minorität der in England zur Prüfung der Arbeiterverhältnisse eingesetzten parlamentarischen Kommission in ihrem Bericht sich kürzlich zu den gleichen Grundsätzen bekannt hat. „Die ganze Kraft der staatsmännischen Kunst“ — so heißt es in dem Bericht — „muß hinfort darauf gerichtet sein, so schnell wie möglich an Stelle kapitalistischer Unternehmungen öffentliche zu setzen, und wo dies nicht ausführbar ist, alle industriellen Operationen so streng und im Einzelnen zu regeln, daß jedem Arbeiter die Bedingungen seiner Existenz gesichert werden.“ Die Verstaatlichung der Produktion ist also hier gefordert worden; der gedachte Kongreß war betreffs dieser Frage also nicht unvorbereitet, und er machte sich mit vollem Bewußtsein das zu eigen, was die Minoritätsmitglieder der Kommission, die, wie gesagt, sämmtlich Arbeiter waren, gefordert hatten.

Die englische Presse verhehlt sich denn auch nicht, daß die Gewerksvereine hiermit den Uebergang in das sozialrevolutionäre Lager vollzogen haben. Erfreut nimmt die deutsche sozialdemokratische Presse von diesem Umschwung in England Notiz; so sagt der „Vorwärts“ mit Bezug auf England: „Die Masse ist in Bewegung und dies in einer Richtung und mit einem Tempo, mit denen wir allen Grund haben zufrieden zu sein.“

Hiermit dürfte der Glaube an die Gewerksvereine als Rezept gegen die Sozialdemokratie zerstört sein. Auch der Einwand, der von den Vertretern dieses Glaubens erhoben werden könnte, daß die Arbeiter durch das von der englischen Regierung den sozialen Verhältnissen gegenüber beobachtete Prinzip des Gehenslassens zu dieser Wendung — trotz Gewerksvereinsorganisation — verführt worden seien, läßt sich nicht aufrecht erhalten. Die englische Regierung hat ihr Interesse an einer Verbesserung der sozialpolitischen Lage durch Einsetzung jener Kommission bethätigt; ja sie ist über deren Beschlüsse hinausgegangen und hat dem Parlament einen Entwurf über Errichtung von Einigungsämtern zur Beilegung von Arbeiterstreitigkeiten vorgelegt. Ferner haben der englische Kriegs- und der Marineminister in ihren Werkstätten den Achtstundentag

freiwillig auf administrativem Wege eingeführt, bei Berathung eines Antrags wegen gesetzlicher Einführung des Achtstundentags im Unterhause stimmten die meisten Minister für den Entwurf, wenn er auch wegen einiger daran vorgenommenen Aenderungen formell nicht zum Beschluß erhoben wurde. Weiter hat die Regierung einen Entwurf vorgelegt, welcher für den Zustand der Arbeitsräume in den Fabriken bestimmte Vorschriften enthält und andere Arbeiterschutzbestimmungen einführt, und schließlich hat sie einen Entwurf eingebracht, der auch angenommen wurde, wonach die Einfuhr fremder Waaren von gewissen erschwerten Bestimmungen abhängig gemacht wird. Trotz aller dieser sozialpolitischen und auch schutzvönerischen Maßnahmen ist die weitere Ausbreitung sozialdemokratischer Anschauungen nicht verhindert worden. Diese Vorgänge in England müssen uns eine ernste Lehre sein, und uns zur Vorsicht mahnen, englische Organisationen dieser Art ohne weiteres auf unsere Verhältnisse zu übertragen.

Demokratischer und freisinniger Schutz gegen Umsturzbestrebungen.

Während die freisinnige Volkspartei in Eisenach ihren Parteitag abhielt, war die deutsche Volkspartei in Wschaffenburg zu einem Parteitag versammelt. Letztere rekrutirt sich namentlich aus Süddeutschland; sie nennt sich auch demokratische Partei. Beide Parteien haben sich gleich nach Begründung der freisinnigen Volkspartei die Hand gereicht, indem der Führer der letzteren Eugen Richter und der Führer der deutschen Volkspartei Payer in einem gemeinsamen Aufruf ihre Einigkeit in politischen Anschauungen bekundeten. Sind die Parteien auch nicht verschmolzen, so gleichen sie sich doch wie ein Haar dem andern. Das hat sich auch jetzt wieder gezeigt; sie haben sich nicht nur gegenseitig antelegraphirt und beglückwünscht, sie haben auch Proben gleicher Gesinnung und politischer Auffassung abgelegt.

Die demokratische Volkspartei hat direkt zu der Frage des Kampfes gegen die Parteien des Umsturzes Stellung genommen und feierlich ihre Ueberzeugung dahin ausgesprochen, daß der beste Schutz gegen Umsturzbestrebungen in der Entwicklung der freiheitlichen Einrichtungen liege. Mit anderen Worten, je mehr Freiheit der Einzelne hat, desto weniger sei ein Umsturz zu befürchten. Wir können uns in Deutschland aber keineswegs über einen Mangel an Freiheiten jeglicher Art beklagen und brauchen in dieser Hinsicht keinen Vergleich mit den hauptsächlichsten anderen Staaten zu scheuen. Das Maß von Freiheit indes, das dort wie hier herrscht, hat thatsächlich bisher keinen Schutz gegen Umsturzbestrebungen gebildet, und gerade Länder, die von der freisinnigen Demokratie als Muster freiheitlicher Einrichtungen hingestellt werden, wie Frankreich und die Vereinigten Staaten von Nordamerika, haben noch weit stärkere Auswüchse des Anarchismus bei sich erlebt, als diejenigen, in denen das Königthum noch als eine Heil, Segen und Ordnung bringende Gewalt empfunden wird. Der Schluß ist wohl gestattet, daß wenn wir unsere Freiheiten noch erweitern wollten, wir noch viel schlimmere Erfahrungen mit den Umsturzbestrebungen machen würden als bisher.

Das in Eisenach beschlossene Programm der freisinnigen Volkspartei ist nicht weniger auf die freiheitliche Ausgestaltung unserer Einrichtungen bedacht. Aber noch mehr, man hat sich dort die Freiheit genommen, den freiheitlichen oder freisinnigen Anschauungen einen herediten Ausdruck zu geben in Worten, welche den umstürzlerischen Elementen ebenso Wasser auf die Mühle sein werden, wie sie auf die Parteien der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung einen wahrhaft betrübenden Eindruck machen müssen.

Jeder kennt die bedeutungsvolle Rede, welche unser Kaiser am 6. September in Königsberg gehalten hat. Der Abg. Richter hat es nun für angemessen gehalten, die Hauptstellen dieser Rede als Stichworte für seine Tisch- und Kommerzreden zu benutzen. So eignet er sich das historische Königswort von dem rocher de bronze für seine Partei an, die als ein solcher „alle Autorität derjenigen ruiniren solle, welche oben oder unten, rechts oder links von uns danach trachten, ein Stück Staatsmacht auszubeuten für Sonderinteressen.“ Weiter

spricht er von einer „Noblesse“ der Gesinnung, durch die er und seine Partei „sich obligirt halten“. Er nimmt für sich und die Seinen in Anspruch, eine Adelsgenossenschaft zu bilden, wie sie allein im Geiste unseres Jahrhunderts Berechtigung habe. Aber sie solle sich nicht als „Schmarogergewächs“ emporranken, sondern selbst als kräftiger lebensvoller Baum gelten. Und am folgenden Tage, um zu zeigen, daß er sich mit einer derartigen Behandlung der Kaiserlichen Rede noch nicht genug gethan habe, hielt er eine Tischrede, die mit den Worten schloß: „Deutscher Bürger, werde hart, und laß Dir nicht schmälern den Einfluß auf das Staatswesen, auf den Du ein Recht hast nach dem Maß Deiner Intelligenz, Deiner wirthschaftlichen Tüchtigkeit und Deiner Opferwilligkeit für das Gemeinwesen; auch Du, deutscher Bürger, bist, was Du bist, von Gottes Gnaden!“

Auf diese Weise werden die edelsten und heiligsten Gefühle der Nation, die mit Ehrerbietung und Achtung auf die königlichen Worte zu hören gewohnt ist, verspottet, und Begriffe, die mit der königlichen Würde verbunden und historisch sanktionirt sind, in einer Tischrede verwendet. Jeder Kommentar hierzu ist überflüssig.

Politische Tagesfragen.

Reichseinnahme vom 1. April bis Ende August 1894.

In den Reichseinnahmen ist eine erfreuliche Besserung festzustellen; es gelangten in den 5 Monaten vom 1. April bis Ende August d. J. zur Anschreibung an Zöllen 153,825 Millionen Mark, gegen denselben Zeitraum des Vorjahres 14,623 Millionen Mark mehr, an gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern 115,150 Millionen Mark, (8,212 Millionen Mark mehr) und an anderen Einnahmen (Stempelsteuern, Post- Telegraphen- und Reichseisenbahnverwaltung) 149,611 Millionen Mark (9,642 Millionen Mark mehr).

Insgesamt betragen also die Reichseinnahmen in dem gedachten Zeitraum 418,586 Millionen Mark, was gegen denselben Zeitraum des Vorjahres eine Mehreinnahme von 32,478 Millionen Mark darstellt.

Betriebsergebnisse der preussischen Staatsbahnen.

In der Zeit vom Beginn des Etatsjahres bis Ende August betragen die gesammten Einnahmen der preussischen Staatsbahnen 391,771 Millionen Mark oder 8,828 Millionen Mark mehr als in demselben Zeitraum des Vorjahres. Von dieser Mehreinnahme entfallen 6,439 Millionen Mark aus dem Güterverkehr und 2,389 Millionen Mark aus dem Personen- und Gepäckverkehr.

Cholera.

In der Woche vom 17. bis 24. September Mittags wurden, wie in den „Veröffentlichungen des Kaiserlichen Gesundheitsamts“ mitgetheilt wird, nachstehende Erkrankungen (und Todesfälle) gemeldet: Ostpreußen 14 (3), davon in der Stadt Memel und einer Ortschaft des gleichnamigen Kreises 6 (1), in je einer Ortschaft der Kreise Allenstein und Labiau 5 (—) bzw. 1 (—), in Wehlau 2 (2). Weichselgebiet: 29 (4), davon in Thorn 3 (1) und in je einer Ortschaft der Kreise Marienburg und Elbing Land zusammen 21 (3) bzw. 5 (—). Nege-Warthegebiet: 4 (2), sämmtlich in Ratel. Oberschlesien: In der Zeit vom 15. bis 22. September 59 (17); davon im Kreise Beuthen 1 (—), in 11 Ortschaften des Kreises Kattowitz 47 (15), in einer Ortschaft des Kreises Groß-Strehlitz 5 (1), in der Stadt Oppeln und einer Ortschaft des gleichnamigen Kreises 6 (1). Insgesamt sind in den Kreisen Beuthen, Kattowitz, Oppeln, Pleß, Rosenberg, Groß-Strehlitz und Zabrze bis zum 18. September einschließlich 221 (101) Fälle angezeigt und 133 (58) davon bakteriologisch als Cholera nachgewiesen worden. Rheinprovinz: 2 (—), davon je 1 in Duisburg und Aachen.

Sozialdemokratische Landagitation.

Die Sozialdemokraten wissen sehr wohl, daß sie auf einen Sieg ihrer Anschauungen erst rechnen können, wenn sie ihre Anhänger nicht nur unter der Bevölkerung der großen Städte, sondern auch auf dem Lande zählen, und sie sind daher schon seit lange eifrigst bestrebt, die ländliche Bevölkerung zu sich hinüberzuziehen, bisher freilich, wie sie sich nicht verhehlen können, ohne Erfolg. Woher kommt dies nun? Die Sozialdemokratie giebt selbst die Antwort darauf: weil das wahre Gesicht der revolutionären und religionslosen Sozialdemokratie die ländliche Bevölkerung abstößt. Oder wie könnten wir folgende Auslassung eines badischen sozialdemokratischen Blattes anders verstehen, wenn es schreibt: „Schließlich wollen wir aber noch auf einige Ungeschicklichkeiten hinweisen,

die von jungen, unerfahrenen Parteigenossen bei ihren Sonntagsausflügen aufs Land gemacht werden. Wir meinen das Absingen beleidigender oder auf dem Lande nicht richtig zu verstehender Lieder, das Schimpfen über alles mögliche, namentlich über Sachen, wovon die jungen Herren in der Regel blutwenig verstehen etc. Eine solche Agitation, die unseren Grundsätzen widerstrebt, stiftet nur Haß und Erbitterung unter unseren Gegnern. Hierdurch kann die segensreiche Thätigkeit erfahrener Genossen sehr in Frage gestellt werden. Solche Elemente mögen lieber zu Hause bleiben, dort etwas ordentliches lesen oder sich unter die Obhut älterer Genossen begeben. Man halte sich stets vor Augen: die fürs Land bestimmten Agitatoren, Redner, müssen aus den besten, besonnensten Elementen bestehen, dann aber wird der Erfolg auf dem Lande ein geradezu großartiger werden!"

Das will doch nichts anderes besagen, als daß das wahre Gesicht der Sozialdemokratie auf dem Lande nicht gezeigt werden soll, vielmehr die Agitatoren dort unter der Maske unschuldiger Biedermänner auftreten sollen. Denn daß das in den Roth ziehen alles Höheren den Grundsätzen der Sozialdemokratie nicht in Wahrheit widerspricht — wie das genannte Blatt mit heuchlerischem Augenaufschlag glauben machen möchte —, zeigt eine Lektüre ihrer gelesesten Blätter und das Verhalten selbst der Parteihäupter in städtischen Versammlungen. Was aber den „großartigen Erfolg“ anbelangt, so trauen wir dem gesunden Sinn unserer Landbevölkerung zu, daß sie die Heuchelei der Sozialdemokraten, wenn sie als Biedermänner auftreten sollten, wohl erkennen wird, andererseits glauben wir aber auch nicht einmal, daß die Sozialdemokraten selbst unter solchen Umständen auf einen solchen großartigen Erfolg rechnen.

Sozialpolitisches.

Knabenhandfertigkeitsunterricht.

In Münster i. W. hat sich im Wintersemester 1893/94 nach dem Bericht der dortigen Handelskammer der i. J. 1892 eingeführte Knabenhandarbeitsunterricht in erfreulicher Weise weiter entwickelt. Während in den vorhergegangenen Semestern wegen unzureichender Lehrkräfte nur vier Kurse stattfinden konnten, gelang es im letzten Halbjahr, die Zahl auf sechs zu erhöhen. Es wurde dies dadurch möglich, daß der Abtheilung Münster einerseits behufs Ausbildung eines dritten Lehrers auf der Lehrerbildungsanstalt des Deutschen Vereins für Knabenhandarbeit zu Leipzig von dem Oberpräsidenten und der königlichen Regierung die dazu erforderlichen Geldmittel, und andererseits zur Anschaffung von Werkzeugen und Materialien von der städtischen Armenkommission weitere Geldmittel neben einem geeigneten Räume im Bürgerwaisenhaus zur Verfügung gestellt worden waren. Die Anzahl der Schüler belief sich zu Beginn des Semesters auf 73, von denen 35 den höheren Lehranstalten und 38 den Elementarschulen angehörten. Im Verlaufe des Winters traten aus verschiedenen Gründen 10 Schüler zurück; bei einzelnen scheint die Höhe des Schulgelbes — 1,50 Mark monatlich — die Ursache des Rücktritts gewesen zu sein. Im Ganzen darf behauptet werden, daß die an die Einführung des in Rede stehenden Unterrichts geknüpften Hoffnungen sich nach jeder Richtung hin erfüllt haben.

Statistisches.

Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften i. J. 1893. II.

Was die Genossenschaften in den einzelnen Gewerbezweigen anbetrifft, so sind in dem Bericht 59 (64) gewerbliche, 1 071 (1 008) landwirtschaftliche Rohstoffgenossenschaften, 17 (14) gewerbliche, 214 (208) landwirtschaftliche Werkzeuggenossenschaften, 54 (48) gewerbliche, 4 (4) landwirtschaftliche Magazinogenossenschaften, 120 (128) gewerbliche, 1 341 (1 196) landwirtschaftliche (Molkerei-, Winzer-, Züchter- etc.) Produktivgenossenschaften und schließlich 125 (100) Versicherungs- und sonstige Genossenschaften aufgeführt. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften dieser Gattungen weisen einen andauernden Zuwachs auf, besonders die Molkereigenossenschaften. Die Konsumvereine haben auch im Jahre 1894 an Zahl und geschäftlicher Thätigkeit zugenommen. Der Jahresbericht führt in seinen Listen 1 339 Konsumvereine gegen 1 283 im Vorjahre auf; außerdem bestehen 15 Konsumvereine als Aktiengesellschaften. Zu der Statistik der im Jahre 1893 erzielten Geschäftsergebnisse lieferten 377 Konsumvereine Material. Die Mitgliederzahl dieser Konsumvereine betrug Ende 1893 264 185. Die Summe des Verkaufserlöses in 1893 belief sich auf 68 309 865 Mark, davon kamen auf die 744 eigenen Lager 58 557 197 Mark, der Rest auf das Markengeschäft mit Lieferanten. Die Geschäftsguthaben der Genossen betragen Ende 1893 5 368 450 Mark, die Reservefonds 2 685 282 Mark, angeliehene fremde Gelder waren 6 322 689 Mark in dem Geschäft der berichtenden Konsumvereine thätig. An Kapital- und Einkaufsdividenden wurden den Genossen aus den Erträgen des Jahres 1893 5 935 906 Mark gezahlt, was einer Dividende von 110,6 pCt. auf die angesammelten Geschäftsguthaben der

Genossen gleichkommt. Die Waarenschulden, welche eine Anzahl der berichtenden Genossenschaften hatte, betragen Ende 1893 1 071 953 Mark. Dem Dispositionsfonds für Bildungszwecke, der Ende 1893 66 730 Mark betrug, waren vom Reingewinn des Jahres 1893 27 291 Mark überwiesen worden. Die Leistungen der Konsumvereine auf diesem Gebiete müssen um so mehr anerkannt werden, als den Konsumvereinen Mittel zu solchen Ausgaben nicht in dem Umfange, wie den Kreditgenossenschaften zur Verfügung stehen und die Mehrzahl der Mitglieder der Konsumvereine aus „Arbeitern“ besteht, welche auf diese Weise ihr Verständniß für die idealen Ziele der Genossenschaften in vollem Maße bekunden. Zu einer besonderen Statistik über die Bewegung der Mitgliedschaft und den Bestand an Mitgliedern bei den einzelnen Genossenschaften berichteten 351 Konsumvereine. Sie hatten zu Anfang 1893 199 382 Genossen, im Laufe des Jahres traten 31 678 neue Mitglieder hinzu, 16 167 schieden aus, so daß der Bestand mit Beginn des Geschäftsjahres 1894 214 893 betrug. Die Baugenossenschaften haben sich von 77 Ende Mai 1893 auf 101 Ende Mai 1894 erhöht.

Anbaufläche der wichtigeren Fruchtarten in Preußen 1893.

Nach den Ermittlungen vom Jahre 1893 waren in Preußen 1,101 Millionen ha mit Winterweizen, 0,100 ha mit Sommerweizen angebaut. Des weiteren betragen die Anbauflächen für Winterweizen 16 000, für Sommerweizen 9,5 ha, für Winterroggen 4,479 Millionen, für Sommerroggen 82 000 ha, für Sommergerste 840 000, für Hafer 2,576 Millionen, für Erbsen 280 000, für Kartoffeln 2,075 Millionen, für Alee und Luzern 1,182 Millionen und für Wiesen 3,272 Millionen ha.

Personalien.

Dem Mitglied des Statistischen Amtes, Kaiserlichen Regierungsrath Dr. Schumann ist der Charakter als Geheimer Regierungsrath verliehen worden.

Der Landrath Schulze-Pelkum zu Norden ist mit der kommissarischen Verwaltung des Landrathsamtes im Kreise Hamm beauftragt worden.

Dem Regierungs-Assessor und landrathlichen Hilfsbeamten Bayer zu Frankfurt a. M. ist die kommissarische Verwaltung des Landrathsamtes im Kreise Norden übertragen worden.

Dem Regierungs-Assessor Grafen Clairon d'Haussonville zu Merseburg ist die kommissarische Verwaltung der Stelle des Hilfsbeamten bei dem Landrath des Landkreises Frankfurt a. M. übertragen worden.

Der Regierungs-Assessor Kahl zu Oepeln ist an die königliche Regierung zu Münster versetzt worden.

Der Regierungs-Assessor Freiherr von Nischhofen zu Sagan ist der königlichen Regierung in Oepeln zur weiteren dienstlichen Verwendung überwiesen worden.

Der Regierungs-Assessor Berger zu Zeitz ist der königlichen Regierung zu Stettin zur weiteren dienstlichen Verwendung zugetheilt worden.

Der neuernannte Regierungs-Assessor Braunbehrens ist dem Landrath des Kreises Zeitz und der Regierungs-Assessor Kunze dem Landrath des Kreises Zauch-Beitzig zur Hülfeleistung in den landrathlichen Geschäften überwiesen worden.

Der frühere Vizefeldwebel Matthesius ist zum Strafanstalts-Sekretär ernannt und es ist ihm die Sekretärstelle bei dem Arresthause zu Düsseldorf verliehen worden.

Politische Wochenschau.

Aus dem Inlande.

Unser Kaiser

weilt, nachdem die Kaisermanöver zu Lande und zur See ihren Abschluß gefunden haben, seit Sonntag zur Erholung in dem Jagdschloßchen Nominen (Ostpreußen), wo er der edlen Waidkunst obliegt, ohne in der Erledigung der Regierungsgeschäfte eine Unterbrechung eintreten zu lassen. Auf der Fahrt von Swinemünde dorthin war er einen Tag — Sonnabend — in Thorn, um den dortigen Festungsübungen beizuwohnen. Bei dieser Gelegenheit wurde er von der Bevölkerung der Stadt feierlich und festlich empfangen und ihm von dem Bürgermeister ein Ehrentrunk kredenzt. Kaiser Wilhelm erwiderte auf die Begrüßungsansprache unter Hinweis darauf, daß Thorn seit der Gründung eine echt deutsche Stadt sei: es sei zu seiner Kenntniß gekommen, daß leider polnische Mitbürger sich nicht so verhalten, wie man es erwarten und wünschen sollte. Der Kaiser fügte die Mahnung hinzu, die Polen möchten es sich gesagt sein lassen, daß sie nur dann auf seine Gnade und Theilnahme in demselben Maße wie die Deutschen rechnen dürfen, wenn sie sich unbedingt als preußische Unterthanen fühlen. Diese

Rede hat überall lebhaften Wiederhall gefunden, und in deutschen Kreisen die vielfach von der Presse unnötiger Weise genährte Befürchtung zerstreut, als könne das deutsche Interesse durch stärkere Berücksichtigung polnischer Interessen geschädigt werden. Blätter aller Parteien bekundeten ihre Zustimmung, während freilich Centrumsblätter den Polen insofern beispringen zu sollen meinten, als sie der Auffassung Ausdruck gaben, die Polen würden wegen ihres katholischen Glaubens beeinträchtigt, eine Auffassung, für die nicht der mindeste Anhalt vorliegt, und die bei der Gerechtigkeit, die der Kaiser seinen Unterthanen jeglicher Konfession zu Theil werden läßt, auf das Entschiedenste zurückzuweisen ist. Das Echo, welches die Worte des Kaisers in deutschen Kreisen hervorriefen, fand neue Nahrung in einer Ansprache, die

Fürst Bismarck

am Sonntag an zahlreiche Angehörige der Provinz Westpreußen richtete, welche nach Barzin gekommen waren, um dem Altreichskanzler ihre Huldigung darzubringen; der Fürst, der sich gleichfalls gegen die nationalen polnischen Bestrebungen wandte, nannte es mit Bezug auf die eben erwähnte Rede des Kaisers ein erhebendes Gefühl, daß Kaiser Wilhelm die Gesinnungen theile, die ihn und die nach Barzin gekommenen Besucher in Bezug auf die Stellung gegenüber den polnischen Bestrebungen befehlen; seine Ansprache klang in einem lebhaft aufgenommenen Hoch auf den Kaiser aus.

Die Sitzungen der Ausschüsse des

Bundesraths

haben wieder ihren Anfang genommen. Gegenwärtig liegen ihnen Entwürfe über Bestimmungen betreffs der Sonntagsarbeiten in verschiedenen industriellen Gruppen der Gewerbestatistik (Industrie der Steine und Erden, Metallverarbeitung, Maschinen, Werkzeuge, Instrumente, Apparate, chemische Industrie, forstwirtschaftliche Nebenprodukte, Papier und Leder) zur Berathung vor; die Entwürfe sind im Reichsamt des Innern ausgearbeitet.

Bei dem Mangel an tatsächlichen Nachrichten über die gesetzgeberische Arbeit, die in Vorbereitung ist, gefällt sich ein Theil der Blätter darin, Betrachtungen über die Lage der

inneren Politik

anzustellen und den Eindruck hervorzurufen, als ob in Bezug auf gesetzgeberische Fragen an den höchsten Stellen Meinungsverschiedenheiten bestehen, die zu einer Entscheidung drängen. Man spricht von „Verfahrenheit“ der inneren Politik und von einer „Krisis“, in der wir uns befinden. In dieser Auffassung ist nur die tatsächliche Unkenntniß der Verhältnisse, die nur zu leicht der Phantasie zu ihrem Rechte verhilft, Schuld. Darüber kann doch nach der Königsberger Rede des Kaisers kein Zweifel mehr bestehen, daß der Kampf gegen die Parteien des Umsturzes aufzunehmen ist, und daß über die Nothwendigkeit dieses Kampfes bei den Rathgebern des Kaisers und Königs Einmüthigkeit herrscht.

Aus

Südwestafrika

kam die Nachricht von einem erfolgreichen Kampf gegen Witkooi, den gefangen zu nehmen aber bisher noch nicht gelungen ist.

Aus dem Auslande.

In

Ungarn

hat die parlamentarische Session begonnen, und zwar ist sie durch das Magnatenhaus, zu dessen Präsidenten Szlavay vom Kaiser ernannt wurde, eröffnet worden. Es handelt sich zunächst um die noch unerledigten kirchenpolitischen Vorlagen, die im Ausschusse berathen wurden.

Die Verhandlungen der Delegationen sind fortgesetzt worden. Die Ausführungen des Grafen Kalnothy über die auswärtige Politik haben diesem ein Vertrauensvotum eingetragen; dann wurde das Budget des Auswärtigen angenommen. Auch im Heeresauschusse wurde das Kriegsbudget nach kurzer Debatte als Grundlage für die Spezialdebatte angenommen.

In

Italien

ist der Jahrestag des Einzuges der italienischen Truppen in Rom überall festlich begangen worden. Der Bürgermeister von Rom richtete an den König ein Huldigungstelegramm, auf das König Humbert in huldvollster Weise erwiderte. In seiner Entgegnung hebt der König hervor, daß im nächsten Jahre das erste Jubiläum der Einheit Italiens werde gefeiert werden, und daß, wie er hoffe, Italien gleichzeitig damit seinen wirtschaftlichen Wiederaufschwung werde feiern können. — Für die wegen der Unruhen auf Sicilien und in Massa Carara Verurtheilten hat der König ein Begnadigungsbekret erlassen. Alle Verurtheilten, deren Freiheitsstrafen nicht über ein Jahr lauteten, sind völlig begnadigt worden, ferner wurde jede Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren um ein Jahr vermindert und alle Geldstrafen wurden erlassen. In Sizilien ist nunmehr die Ruhe völlig wieder hergestellt. Der Minister des Innern erließ

baher eine Verfügung, wonach die von den Bürgern während des Belagerungszustandes abgelieferten Waffen zurückgegeben werden sollen.

In

Frankreich

werden zur Deckung des Defizits neue Steuerpläne ausgearbeitet. In erster Linie wird an eine Reform der Erbschaftsteuer gedacht, deren Ertrag auf 25 Millionen Franks geschätzt wird. Der Budgetvoranschlag, der in nächster Zeit vertheilt werden soll, schließt mit der Summe von 3,428 Milliarden ab.

Bei Gelegenheit der großen Truppenparade bei Chateaubun hielt Präsident Perier eine Ansprache an die höheren Offiziere, in der er die größten Resultate rühmend hervorhob und seinem Vertrauen auf die Armee Ausdruck gab. Mit Schluß der Mannöver ist auch der bekannte französische Reitergeneral Gallifet, auf den man für den Fall eines Krieges große Hoffnungen setzte, aus der Armee geschieden, da er das für die Armee vorgeschriebene höchste Alter erreicht hat.

Das Budget der

Niederlande

für 1895, daß den holländischen Generalstaaten vorgelegt worden ist, ergibt ein Defizit von 8 Millionen Gulden. Zur Deckung der Kosten für eine bessere Bewaffnung der Armee und der Flotte, die mit einem auf 9 1/2 Millionen Gulden geschätzten Aufwande in 4 Jahren durchgeführt werden soll, wird eine Anleihe aufgenommen werden.

Von

Sombok

kommt die Nachricht, daß die Saffaks die Balinesen geschlagen haben. In der zweiten holländischen Kammer erklärte der Minister für Kolonien auf eine Interpellation, die Regierung habe unter den gegenwärtigen Umständen nicht die Absicht, Sombok zu annektiren; ein Beschluß in dieser Beziehung nicht gefaßt worden. Die wahrscheinliche Ursache des Verraths der Balinesen sei die von der Regierung den Saffaks gemachte Konzeßion gewesen, von ihren eigenen und nicht von den balinesischen Häuptlingen regiert zu werden.

Ueber das Befinden des

Zaren

waren in letzter Zeit vielfach beunruhigende Gerüchte kolportirt worden. Nach den neuesten Meldungen soll sich der Kaiser demnächst zur Kräftigung seiner Gesundheit nach Saeta begeben. Als Beweis dafür, wie übertrieben jene Gerüchte waren, wird angeführt, daß sich der Großfürst Thronfolger in nächster Zeit nach Darmstadt zum Besuch seiner Braut begeben wird.

In

Bulgarien

haben am 23. die Neuwahlen zur Sobranje stattgefunden, die einen entschiedenen Sieg der Regierung darstellen. Den größten Erfolg hat die russenfreundliche konservative Partei errungen, indem sie von 153 Mandaten 87 an sich gebracht hat.

Vom Kriegsschauplatz in

Ostasien

ist wenig Neues zu berichten, indessen stellt sich immer mehr heraus, daß auch die Seeschlacht am Jalufluß, wie sie nunmehr bezeichnet wird, einen Sieg der Japaner bedeutet. Diesmal war sogar die japanische Macht der chinesischen bedeutend unterlegen. Ueber den Ausfall der Schlacht gehen freilich die Meldungen noch weit auseinander, da die Chinesen behaupten, es seien drei japanische Schiffe gesunken, die Japaner dies aber energisch bestreiten. Auch soll nach japanischer Darstellung der Verlust der Japaner an Todten nicht 100 Mann erreicht haben. Dagegen können die Chinesen die großen Verluste, die sie erlitten haben, nicht mehr abstreiten, vielmehr geben sie selbst den Verlust von vier Kriegsschiffen, darunter zwei der größten Panzer, zu. Der Kampf begann in der Weise, daß die aus 12 Kriegsschiffen und sechs kleineren Fahrzeugen, Kanonenbooten und Torpedoboote, bestehende chinesische Flotte, die Truppentransportschiffe begleitete, von der aus 9 Kriegsschiffen, drei Kanonenbooten und fünf Torpedoboote bestehenden japanischen Flotte angegriffen und bis zur Mündung des Jaluflusses verfolgt wurde, wo die chinesischen Schiffe sich in Schlachtordnung aufstellten. Der Kampf dauerte vom Mittag bis zum Abend. Verschiedene kühne Versuche der japanischen Schiffe, die Reihe der Chinesen zu durchbrechen, mißlang, und so konnten die Transportschiffe die Truppen landen. Nach einer anderen Meldung sollen indessen auch drei chinesische Transportschiffe verloren sein. — Es ist begreiflich, daß man den Vorgängen zur See überall mit gespanntester Aufmerksamkeit folgt, da hier zum ersten Mal mit den modernen Kriegsmitteln gekämpft wird. Für Japan ist dieser Seesieg außerordentlich wichtig, da die chinesischen Schiffe auf lange Zeit hin nicht verwendet werden können und die Japaner somit Herren des Meeres sind. Sie werden daher die errungenen Vortheile sicher auszunutzen streben. So verlautet, daß 30 000 Mann sofortige Marschordre erhalten haben, und es soll ein großer Handstreich geplant sein. General Yamagata soll beabsichtigen, gegen Mukden, die heilige Stadt der Mandchuren, vorzugehen. In Japan herrscht außerordentliche Begeisterung.